

UNTERNEHMER

Kim Schmitz geht in die Offensive

Das Verfahren gegen den schillernden Internetunternehmer Kim Schmitz steht unter einem schlechten Stern. Nach Bekanntwerden peinlicher Ermittlungsspannen war aus Sicht der Behörden vorige Woche der vorläufige Tiefpunkt erreicht: Der neuseeländische Premier John Key entschuldigte sich offiziell bei dem gebürtigen Deutschen Schmitz, dem Gründer der Firma Megaupload, dem das US-Justizministerium massive Urheberrechtsverletzungen vorwirft. Der neuseeländische Geheimdienst hatte Schmitz, der auf einem Millionenanwesen in der Nähe von Auckland residiert, offenbar illegal abgehört. Zuvor hatte ein neuseeländisches Gericht bereits entschieden, dass eine großangelegte Razzia im Januar nicht rechtmäßig war. Zudem wurden die Kautionsauflagen von Schmitz gelockert, der seinen Namen in „Kim Dotcom“ geändert hat. Die Verhandlung über seine von den USA geforderte Auslieferung wurde auf März 2013 vertagt. Im Umfeld von Schmitz geht man angesichts der jüngsten Entwicklungen davon aus, dass es auch dabei kaum bleiben wird – wenn es überhaupt zur Auslieferung komme. Laut der US-Anklage verdiente Schmitz mit seinem Online-Speicher, den die Behörden im Januar abschalteten, mindestens 150 Millionen Dollar. Schmitz bestreitet die Vorwürfe und nutzt seine Kautionszeit, um einen Nachfolgedienst namens „Megabox“ aufzubauen. Bei dem Megaupload-Nachfolger sollen Nutzer angeblich Musik kaufen können. Wie schon beim Vorgänger soll es auch kostenlose Inhalte geben. Dafür müssen sich die Nutzer allerdings eine Software herunterladen, die sie mit spezieller Werbung berieselt. Schmitz zufolge soll der neue Dienst noch dieses Jahr starten.



Ehepaar Schmitz

MARK COOTE / REUTERS



Bellut

HOFFMANN / IMAGO

ZDF

Bellut verschärft den Sparkurs

Den Beschäftigten des ZDF stehen weitere Sparrunden bevor. Intendant Thomas Bellut kündigte laut Teilnehmern vor dem Verwaltungsrat an, den drastischen Personalabbau von rund 80 Stellen pro Jahr über das Jahr 2016 hinaus im gleichen Maße fortzusetzen. Die demografische Entwicklung und damit sinkende Gebühreneinnahmen zwingen den Sender zu diesem Sparkurs. Beliebt wird sich der Intendant mit seinen Plänen nicht machen. Derzeit sorgt schon der Abbau von 300 Stellen bis zum Jahr 2016 für Unmut –

und dieser Einschnitt geschieht nicht freiwillig, sondern auf Druck der Kontrollkommission KEF. Hierzu nannte Bellut konkrete Zahlen. Danach werden weit mehr als die bisher geplanten 100 Stellen über Frühverrentung abgebaut. Der Rest soll über die Reduzierung freier Mitarbeit und einen Einstellungsstopp erreicht werden. Bellut sieht vor allem in der Fusion von Abteilungen Sparpotential. In den Kulturredaktionen in Berlin etwa habe man allein durch das Zusammenlegen 25 Prozent des Personals eingespart.

KONTROLLGREMIIEN

Kieler Kapriolen

Ausgerechnet in der Frage, wie viel Einfluss der Politik dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch gut tut, hat sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) ziemlich tölpelhaft angestellt. Derzeit liegt die Frage, ob die Kontrollgremien des ZDF nicht zu politik- und staatsnah sind, beim Bundesverfassungsgericht. In einem Brief an seine Amtskollegen regt Albig nun an, dem Gericht zuvorzukommen und unter den Ländern einen Kompromiss auszuhandeln. Er sei

„der Auffassung, dass wir den Streit zur Zusammensetzung der ZDF-Gremien nicht durch das Bundesverfassungsgericht entscheiden lassen sollten“. Sein Vorstoß wurde nicht einmal von SPD-Amtskollegen aufgegriffen. Der Vorstoß sei „dilettantisch“ gewesen, heißt es bei Genossen. Ein solcher „Kuhhandel“ an Karlsruhe vorbei würde in der Öffentlichkeit als Versuch ausgelegt, eigene Pfründen zu retten. Albig finde es grundsätzlich besser, politische Lösungen zu finden, statt die Arbeit Gerichten zu überlassen, sagt sein Sprecher. Anlass für das Verfahren ist die Affäre um Ex-Chefredakteur Nikolaus Brender, den Unionsgrößen 2009 aus dem Amt drängten.